

Vier Möglichkeiten das FRIEDENS-INFO zu abonnieren:

☐ Anbei 10,- DM für die nächsten 10 Ausgaben (incl. Porto)

☐ Ich schenke ein Abo für 10,- DM an:

Adresse: Name..... Straße.....

PLZ..... Wohnort..... Telefon

☐ Ich überweise monatlich eine Spende von DM für die Friedensarbeit im Hunsrück und erhalte dann das INFO kostenlos.

☐ Ich überweise eine einmalige Spende von DM

Absender: Name:..... Straße.....

PLZ..... Wohnort..... Telefon.....

Spendenkonto: Volksbank Kirchberg, BLZ 560 614 72, Kto 101 35 91
Postscheckkonto Ffm, Sonderkonto Hildegard Engelmann, Kto Nr 44 1898-603

Einsenden an: Friedensbüro, Bopparderstr. 25, 5448 Kastellaun,
Tel. 06762-6075

HUNSRÜCK-FORUM

Zeitschrift für Demokratie und Frieden

Die jeweils neuesten Beobachtungen, Termine, Hintergrundberichte und „Indiskretionen“ aller Art. Herausgegeben von Mitarbeitern der Hunsrücker Friedensbewegung.



- Das HUNSRÜCK-FORUM kostet im Jahresabonnement DM 12,80 (incl. Porto) und ist zu beziehen über Postfach 451, 6540 Simmern, Telefon 06746/1639.

Friedens - Informationen

Nr. 41

Juni/Juli 1989



Preis: 50 Pfennig

Herausgegeben von den

Friedensinitiativen Rhein - Hunsrück und Nahe - Mosel

Ab 26. Juni 1989 mit Riesenluftballons:

***Hunsrücker Protestaktion
gegen Tiefflugterror!***

Tiefflug ist Wahnsinn!



Tiefflug ist überflüssig!

IMPRESSUM: - Friedensinformationen - der FI Rhein-Hunsrück-Mosel
Bopparder Str. 25, 5448 Kastellaun, Tel. 06762/6075
V.i.S.d.P.: Heidrun Kisters, Reinhard Sözech, Horst Petry
Satz+Druck: Druckerei H. Petry, 5449 Pfalzfeld

Ballon-Aktion gegen Tiefflieger

Wir wollen uns jetzt gegen den unverminderten Tiefflug – vorwiegend amerikanischer Strahlflugzeuge – über den Hunsrück zur Wehr setzen. Dabei wollen wir uns in der Luft kenntlich machen, indem wir den Piloten unmittelbar unseren Protest, mit bunten Ballons in 100 Meter Höhe, zeigen. Auch die enorme Steigerung des Nachtflugbetriebes der F-16-Jagdbomber in den letzten Wochen veranlaßt uns, dagegen in besonderer Weise zu protestieren!

Die einzelnen Stammtische sind deshalb aufgerufen, in ihren Orten festzustellen, wieviele Ballons gebraucht werden. Das Friedensbüro wird die Ballons, die Schnüre und das Gas zentral beschaffen, um das Vorhaben für alle Beteiligten so preiswert wie möglich zu gestalten.

Zur Anwendung kommen farbige Gummiballons von einem Durchmesser von ca. 1,50 Meter, welche mit sogenannten Ballongas gefüllt werden. Der einzelne Ballon wird an einer Schnur mit einer Reißfestigkeit von 15 kp auf 100 Meter aufgelassen.

Erfahrungswerte aus bisherigen Ballon-Aktionen haben ergeben, daß mit einem Kostenaufwand von ca. 80,— Mark pro Ballon gerechnet werden muß. Die Ballons halten sich, bei sachgerechter Füllung und Verankerung, etwa vier Tage in der Luft.

Der jeweilige Standort eines Ballons ist aus Sicherheitsgründen so zu wählen, daß keine Freileitungen, hohe Masten, Bäume oder Antennen in der Nähe sind. Auch ist es sinnvoll, den Ballon beaufsichtigt zu lassen und ihn evtl. nachts sogar einzuziehen. Es soll nämlich Leute geben, die unseren Protest mutwillig beenden wollen. Vergesst aber niemals: Der Luftraum gehört uns!

Ungeachtet dessen sind "Fesselballons" nach der Luftverkehrsordnung (LuftVO) genehmigungspflichtig. Es gibt zwar ein Urteil (des AG-Darmstadt), welches besagt: "Die Ballons sind bis zu einer Steighöhe von 100 Metern genehmigungsfrei". Ballon-Aktionen ohne vorherige behördliche Genehmigung ziehen aber meistens polizeiliche Bußgeldverfahren nach sich. Wir wollen deshalb versuchen, eine generelle Genehmigung für die Hunsrücker Friedensinitiative zu erlangen.

Beim letzten Delegiertentreffen am 2.6.89 wurde beschlossen, eine erste Ballonaktion schon für Montag, dem 26.6.89 zu starten. Bitte gebt deshalb die Bedarfsmeldungen umgehend an das Friedensbüro, damit die Vorbereitungen keinen Verzug erleiden! Sprecht auch solche Mitbewohner im Dorf an, die nicht aktiv am Stammtisch teilnehmen. Es gibt viele Mitbürger, die den Tiefflug-Krach leid sind und sich gerne an einer Protestaktion beteiligen wollen! Werbt an euerem Ort für möglichst viele Mitmacher und gebt die verbindliche Materialbestellung an das Friedensbüro.

f.-j. ho.

Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung:

Gemeinsam kämpfen! Gemeinsam ausruhen?

Seminar in der Ohlweiler Mühle vom 30.6. - 2.7. 1989

Nachdem über mehrere Jahre viele FriedensfreundInnen stark im Kampf gegen die ständig sich ausbreitenden Militärstrukturen engagiert waren, ist jetzt eher eine „Besinnungs- und Rückzugsphase“ zu spüren.

Viele von uns spüren, daß sie kraft- und phantasielos geworden sind. Anstatt uns einzugestehen, daß das etwas ganz Normales ist, haben wir oft ein schlechtes Gewissen, wenn wir uns Gutes tun und uns das nehmen, was wir brauchen.

Einerseits haben wir dann das Gefühl, daß wir uns ins „Private“ zurückziehen - und „Privates“ bedeutet für uns oft Rückzug aus der Politik, aus der Friedensarbeit.

Andererseits stehen wir wie ohnmächtig vor der laufenden Entwicklung (Gossberg etc.) und wir ertappen uns immer wieder beim gezielten Wegschauen und Verdrängen.

Daß nach großer Anstrengung Ruhe und Erholung angestrebt wird, ist eigentlich etwas ganz Natürliches.

Was hindert uns daran, dieses „Naturgesetz“ auch bei der Friedensarbeit gelten zu lassen?

Wie wäre es, wenn wir uns beim „Ausruhen“ und „Grübeln“ nicht vereinzeln, sondern dieses auch „offiziell“ und gemeinsam tun?

Gerade dazu lädt das Seminar ein. Dabei möchte uns Ute Vollmerg von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung mit Begleitung und gezielten Fragen auf die Sprünge helfen:

- wie geht es uns? - wo stehen wir? - was ist in den letzten Jahren gut gelaufen, was schlecht?
- was würde uns gut tun, uns ermutigen? - was ist jetzt dran? (Wird z.B. das Friedensbüro in seiner jetzigen Form noch weiter benötigt usw. usw.) - welches sind unsere Träume/Perspektiven?

Alle Friedensbewegte, die Interesse an diesen Fragen haben und denen es genauso geht, sind herzlich eingeladen!

Für dieses Seminar, das auf 15 TeilnehmerInnen begrenzt ist, sind noch Plätze frei.
Wir bitten um eine schriftliche Anmeldung ans Friedensbüro bis zum 21.6.!

Goßberg: 2640 neue Schrauben

Der über 500 Meter lange Metallgitterzaun um die Militärbaustelle Goßberg hat nun 2640 neue "Muttern" bekommen. Nach Angaben von Bauarbeitern hatten sich Unbekannte an der alten Verschraubung zu schaffen gemacht und den Zaun teilweise geöffnet. Dem Militär ist bekanntlich für seine Sicherheit nichts zu teuer. Die konventionellen Muttern wurden komplett entfernt und durch neue ersetzt, die sich mit einem Schraubenschlüssel nicht mehr öffnen lassen.

Den Amerikanern ist der Metallgitterzaun immer noch nicht sicher genug. Bevor sie die Anlage übernehmen, wollen sie dahinter noch einen zweiten Zaun, der elektrisch mit Hochspannung geladen, Eindringlinge abhalten soll.

Ministerwort wertlos

Die Einwohner der Hunsrück-Gemeinde Hundheim sind empört. Im April 1988 informierte Bundesverteidigungsminister Wörner Hunsrücker Gemeindevertreter in Bonn über den Bunkerbau auf dem Goßberg.

Bürgermeister Willi Zimmer forderte damals, wenn schon gebaut würde, solle wenigstens der Baustellen-Schwerlastverkehr Hundheim meiden. Das sei leicht mit einem Umweg von fünfzehnhundert Metern möglich. Minister Wörner gab vollmundig seine gönnerhafte Zusage: "Selbstverständlich wird Hundheim vom Baustellenverkehr verschont."

Am 11. Mai 1989 rollten nun den ganzen Tag schwere Betonautos durch Hundheim. Erfolglos versuchte Willi Zimmer dagegen einzuschreiten. Kreisverwaltung, Staatsbauamt und Landesbauamt fühlten sich nicht zuständig. Vom Wehrbereichskommando wurde mitgeteilt, die zuständige Frau sei in Urlaub.

Die ausführende Firma Budau teilte mit, von einem Umweg habe nichts in der Ausschreibung gestanden.

Das Versprechen des CDU-Verteidigungsministers hatte wieder einmal die gewohnte Qualität: Völlig wertlos!

Kind mit scharfer Munition

Auf dem Kastellauner Flohmarkt, Anfang Mai, handelte ein neunjähriges Kind vom Flugplatz Hahn mit 20 Schuß scharfer Munition für ein Maschinengewehr, Kaliber 7,62 mm. Zum Glück wurde der explosive Handel gestoppt und an die amerikanische Sicherheitsaufsicht gemeldet.

R.S.

Aussprache mit VOBO-Initiative

(Auszüge aus dem Protokoll vom 19.5.1989 von Heidrun)

Es waren einige VertreterInnen der VOBO-Initiative beim Delegiertentreffen, die wegen einiger Vorfälle in letzter Zeit um eine Aussprache mit uns gebeten haben. Kritisiert wurde ihrerseits in erster Linie, daß seitens der FI wohl kein Interesse an dem Thema Volkszählungsboykott besteht und Informationen von der VOBO-Ini unterdrückt, bzw. Artikel im Info und Hunsrückforum nicht abgedruckt werden.

Dazu gab es eine lange Diskussion, in der von Benno z.B. angemerkt wurde, daß das Interesse an der Volkszählung zur Zeit nicht mehr vorhanden ist, und es unsererseits als sinnlos erscheint, hier noch viel Kraft und Energie hineinzustecken.

Trotzdem wurde gesagt, daß Informationen auf alle Fälle an die Öffentlichkeit weitergegeben werden sollen, solange noch Menschen von einer Strafverfolgung wegen Auskunftsverweigerung bedroht sind, bzw. sogar im Knast sitzen.

Anmerkung meinerseits: Bei der Kritik um den nicht veröffentlichten Artikel handelt es sich um einen Artikel, der nach Absprache mit mir (Heidrun) an Horst geschickt wurde um im HF und Friedensinfo veröffentlicht zu werden. Ich sagte Ikaf, daß es reicht, ihn einmal abzugeben, weil er sowieso in Horsts Computer getippt wird. Bei der Redaktionssitzung fürs Info, bei der ich nicht anwesend war, wurde dann allerdings entschieden, Artikel im Info rauszulassen, die auch ins HF kommen sollten, weil beide Hefte gleichzeitig vor Ostern erschienen. Daß der Artikel nun nicht ins HF kam, hat Horst für die HF-Redaktion entschieden, was er auch ausdrücklich auf seine Kappe nimmt. Nach den Erfahrungen, die er mit seinem Prozeß wegen des VOBO-Artikels gemacht hat, ist er nicht mehr bereit Sachen abzudrucken, für die die Verfasser auch nicht ihren Namen hergeben. So war das mit dem Artikel.*

Der nächste Kritikpunkt kam von Seiten der FI und bezog sich auf die überzogene Redezeit beim Ostermarsch. In einem der letzten Protokolle wurde darüber berichtet. Die Leute von der VOBO-Initiative sagten dazu, daß die Aufteilung in drei RednerInnen und die Zeit mit dem Friedensbüro abgestimmt waren.

Wieder Anmerkung meinerseits (Heidrun): Das stimmt nicht! Ikaf hat mit mir gesprochen. Es war die Rede von 5-10 Minuten und etwa einer DIN A 4 - Seite Text. Wahrscheinlich würde Anne es machen, hieß es.

Zum Schluß wurde dann noch grundsätzlich über das Problem (d.h. für die FI ist es ein Problem) gesprochen, daß die Leute von der VOBO-Initiative sich nach außen hin eher bedeckt halten, d.h. daß niemand seinen Namen als Kontaktadresse oder für ein Solidaritätskonto hergeben mag. Von der FI wird dann erwartet, daß es hier jemand tut.

Von seiten der FI ging an die VOBO-Ini die Empfehlung, mal einen größeren Kreis mit vorheriger Ankündigung zur Aussprache einzuladen.

** Ergänzung:*

Auf der Seite 15 vom Hunsrück-Forum Nr. 24 steht ein entsprechender Artikel von der HF-Redaktion. Dieser war bereits geschrieben, gesetzt und layoutet, bevor der „anonyme“ einging. Auch deshalb wurde auf Letzteren verzichtet.

Horst

B52-BOMBER mit STEALTH CRUISE MISSILES

Die US-Air-Force veröffentlichte im April ein Foto, auf dem ein B52-Bomber mit den neuartigen "Stealth Cruise Missiles" gezeigt wird. Diese Cruise Missiles (Marschflugkörper) sind atomar bestückt und nur sehr schwer mit dem Radar zu entdecken. Der erste Übungsflug wurde am 2. März über Kanada gemacht.

B52-Bomber sind alte, riesengroße Bomberflugzeuge, die bisher nicht in Europa stationiert sind. Nachdem die Hunsrück Friedensinitiative B52-Bomber mehrfach in Ramstein ausgemacht hatte, teilte die Bundesregierung mit, dabei habe es sich nur um Übungen gehandelt. Eine Stationierung auf deutschem Boden sei nicht geplant. Luftgestützte Cruise Missiles fallen nicht unter den INF-Vertrag.

Preisfrage: Für welchen "Kriegsschauplatz" werden die neuartigen Marschflugkörper eingeplant?

R.S.

Hunsrück: Fast jeder achte Arbeitsplatz Militärabhängig

Mit den Abrüstungsinitiativen von Michail Gorbatschow und dem Vorschlag von zehnprozentiger Truppenreduzierung der USA in Europa durch Präsident George Bush, gewinnt immer mehr die Frage nach den möglichen wirtschaftlichen Folgen von Abrüstung an Bedeutung. Zahlreiche Menschen arbeiten in den verschiedenen Militäreinrichtungen und fürchten um den Arbeitsplatz.

Im Hunsrück ist die Militärabhängigkeit mit fast jedem achten Arbeitsplatz besonders groß. Auf dem Flugplatz Hahn arbeiten 1.500 Zivilangestellte, 950 davon sind Deutsche. Die Standortverwaltung (STOV) Kastellaun mit ihren Depots in Rheinböllen und Kappel beschäftigt 630 zivile Mitarbeiter. Alleine die Löhne der STOV betragen jährlich über 30 Millionen Mark.

Die Schattenseiten der Militarisierung werden aber immer deutlicher. In unserer Republik werden über sechzigtausend Hektar Land für Truppenübungsplätze genutzt. Das ist so viel, wie die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Rheinland Pfalz. Jährlich gibt es über fünftausend Manöver. Hunderttausende von Soldaten aller NATO Länder sind auf deutschen Straßen unterwegs. Die ökologischen und materiellen Schäden sind enorm: Bodenverdichtungen, Verseuchung des Grundwassers, Lärmbelastigungen, Zerstörung von Menschenleben bei zahlreichen Unfällen, Verbrauch von Treibstoffen und anderen Res-

sourcen. Seit 1981 werden jährlich über hunderttausend Manöverschäden offiziell gemeldet. Jährlich blasen die Militärflieger über zehntausend Tonnen Schadstoffe in die Luft.

Obwohl der Einfluß auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz enorm ist, werden vom statistischen Landesamt keine Zahlen veröffentlicht.

Unter dem Buchstaben "M" sind im Statistischen Jahrbuch 1988/1989 aufgelistet: Mähdreher, Mähweiden, Männerüberschuß, Marktfruchtbetriebe, Mastschweine, Mehrlingsgeburten, Mirabellen, Mischehen, Möhren, Most, undsoweiter

Das Stichwort "Militär" fehlt völlig! Das ist ein Skandal. So wird die Statistik verfälscht und verliert drastisch an Aussagekraft.

Auf dem SPD Forum "Frieden und Abrüstung" in Kastellaun habe ich daher für das statistische Jahrbuch 1989/90 die Erfassung folgender Daten gefordert:

- Beschäftigte bei der Bundeswehr, zivil / militärisch - Beschäftigte ausländischer Streitkräfte, zivil / militärisch - Militärisch genutzte Flächen, Bundeswehr / Alliierte - Anzahl Manöver, Bundeswehr / Alliierte - Manöverschäden - Militärische Baumaßnahmen

Diese Angaben müssen auf die Verwaltungsbezirke aufgeschlüsselt werden, so wie es auch für "trächtige Zuchtsauen" und "Legehennen 1/2 Jahr und älter" geschieht.

Reinhard Sczech

Augen auf: Pershing Raketen im Hunsrück

Vom 5. bis 14. Juni ist eine Übung einer amerikanischen Pershing-II Einheit im Hunsrück angekündigt (56th Field Artillery Command). Unter dem Decknamen "Carbon Blazer 89" sind 3.093 Mann mit fast tausend Fahrzeugen und acht Hubschraubern unterwegs. Wer Stellungen entdeckt, bitte im Friedensbüro melden.

Regionale Konversion:

Eine 28-seitige Dokumentation von Reinhard Sczech: "Stichworte und Fakten zum Einstieg in die regionale Konversion, von militärischer zur zivilen Wirtschaft im Rhein-Hunsrück Kreis" kann für 2,- DM Porto im Friedensbüro bestellt werden.

Hiroshima-Mahnwache:

Auch in diesem Jahr soll wieder eine Hiroshima-Mahnwache stattfinden! Ort steht noch nicht fest. Wer Ideen hat und mitmachen will, melde sich bitte im Friedensbüro. Auch beim nächsten Delegiertentreffen sollte darüber gesprochen werden.

PAUL SCHNEIDER

* 29.8.1897

50.
TODESTAG

+ 18.7.1939

MAN MUSS GOTT
MEHR GEHÖRCHEN
ALS DEN MENSCHEN
Apg. 5,29

Gedenkfeier in Dickenschied
am 22. 7. 1989

10.00 Uhr Gottesdienst

(Präses P. Beier Dusseldorf)

14.00 Uhr „Christ und Staat“

(Bischof G. Foreck Berlin-Brandenburg)

Es laden ein:

Ev. Kirchgemeinde Dickenschied Ev. Kirchenkreis Simmern-Trarbach Ev. Kirche im Rheinland

PAUL SCHNEIDER

* 29. 8. 1897 in Pferdsfeld/Hunsr † 18. 7. 1939 im KZ Buchenwald

1915 Abitur – Kriegsfreiwilliger – Studium

1922 1. Examen – Hochofenarbeiter in Dortmund – Vikar

1923 2. Examen – Einsatz in Berlin und Essen

1926 1. Pfarrstelle Hochelheim/Dornholzhausen (Kr. Wetzlar)

1933/34 auf Betreiben der NSDAP Arbeitsverbot

1934 Versetzung nach Dickenschied/Womrath (Kr. Simmern/Hunsrück),
im selben Jahr 1. Verhaftung

1937 Ausweisung aus dem Rheinland, nach deren Ablehnung
am 3. 10. 1937 letzte Verhaftung (Gestapo-Gefängnis Koblenz)

27. 11. 1937 Einlieferung in das KZ Buchenwald bei Weimar

Mai 1938 – Juli 1939 Einzelhaft

18. 7. 1939 im KZ Buchenwald umgebracht.

Da er auch im KZ und in der Einzelhaft seine Stimme erhoben hat
für die Wahrheit Gottes, wurde er bekannt unter dem Namen
„Der Prediger von Buchenwald“.

Geprägt von seinem Glauben an Jesus Christus hat
er seinen Dienst als Prediger des Evangeliums in
seinen Gemeinden und im KZ trotz aller
Anfechtungen durchgehalten. Gegenüber den
Mächtigen des „3. Reiches“ und ihren Forderungen
hat er die Wahrheit des Wortes Gottes verteidigt. So
wurde er zum Märtyrer, zum Opfer der Gewalt und
zum Zeugen des Herrn. Sein Leben und sein Tod
sind Beispiel für den Widerstand aus einem un-
beugsamen, an Gott gebundenen Gewissen gegen
eine gottlose und unmenschliche Herrschaft.

„Obwohl er von uns gegangen ist, kann keine
Macht das Zeugnis seines Lebens zerstören oder die
Fackel auslöschen, die sein Glaube angezündet hat.“

(TIMES, London, 25. 7. 1939)

Liebe Schwestern und Brüder!

Mit dem Namen **Paul Schneider** verbinden sich Ereignisse, die
für unsere Ev. Kirche bedeutsam waren und bis heute
nachwirken. Wir möchten diesen Tag aber nicht nur dem
Gedenken an den „Kirchenkampf“ widmen, sondern uns auch
besinnen auf die Anforderungen unseres Glaubens, die heute
unseren Einsatz nötig machen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unserer Einladung folgen
würden. Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie ganz
herzlich, uns Ihre Teilnahme an der Gedenkfeier mit
untenstehendem Anmeldeabschnitt anzukündigen, und zwar bis
zum 26. 6. 1989.

Sollten Sie Quartier benötigen (Dickenschied ist nicht mit
öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen, nächste Busstation ist
Kirchberg/Hunsrück), so teilen Sie uns bitte mit von wann bis
wann, wir können Privatquartiere vermitteln.

Im Namen der Einladenden
grüße ich Sie!

G. Westermayer, Pfr.



Rückantwort bis 26. Juni 1989

An das Ev. Pfarramt
6541 Dickenschied

Wir nehmen teil mit _____ Personen

Wir benötigen Mittagessen (DM 3,-) für _____ Personen

Wir kommen mit Pkw _____ Bus (Nichtzutreffendes streichen)

Wir wünschen Quartier vom _____ bis _____

Anschrift:

Unterschrift

Elise Rozenstain: Nach 52 Jahren wieder in Kastellaun

Die erste Begegnung war rein zufällig. Ich verließ gerade das Friedensbüro und wollte wegfahren, da sah ich ein Auto vor mir stehen. Eine alte Frau schaute aus dem Fenster und schien sehr aufgeregt. Ich fragte, ob sie etwas suche. "Hier, das war unser Haus" sagte sie und zeigte dabei auf das Friedensbüro. Kurze Zeit später saßen wir im Büro und sie erzählte, wie es damals war. Sie konnte sich noch sehr gut an viele Einzelheiten erinnern. Im Keller wurden zwei Kühe gehalten, ihr Mann war im Sportverein und Kegelverein. Nie hätten sie Kastellaun verlassen. Aber dann 1937 mußten sie weg von Kastellaun, ein normales Leben war für Juden nicht mehr möglich. Die Kinder konnten nicht mehr in die Kastellauner Schule gehen und wurden verhausen. Das Geschäft ihres Mannes, der mit Ölen und Fetten handelte, wurde geschlossen. Elise Rozenstain kann es immer noch nicht fassen, wie die Menschen so schlecht sein konnten. Gegenüber den Kastellaunern hat sie keine bitteren Gefühle mehr. "Man vergißt nie, was geschah - aber man verzeiht". Wir schauen uns alte Bilder an, die sie damals noch mitgenommen hatte.

Frau Rozenstain ist auf Einladung der Kastellauner Integrierten Gesamtschule (IGS) nach 52 Jahren wieder in ihre alte Heimat gekommen. Auf Anregung des Lehrers Christoph Pies arbeiteten die Schüler der IGS in einer Projektwoche die Geschichte der Kastellauner Juden auf. Aus Israel, Holland und USA wurden zahlreiche Zeitzeugen geladen - und kamen auch. Die Flugkosten wurden zu 70% erstattet. Christoph Pies hat sich damit nicht nur Freunde gemacht - er mußte sich zahlreiche persönliche Angriffe gefallen lassen. Immer noch wollen viele unserer "lieben Mitbürger/innen" die Geschichte am liebsten vergessen und reagieren auf Fragen ausgesprochen aggressiv. Christoph Pies in einem Gespräch im Friedensbüro mit Werner Wanger: "Bei denen die dabei waren, kann ich das ja noch verstehen. Am meisten Sorgen macht mir die Nachkriegsgeneration. Die haben sich überhaupt nicht bei unseren Veranstaltungen beteiligt und nur noch Zeit für Arbeit und Geld verdienen." R.S.



7. Anti Waahnsinnsfestival

Am 15./16. Juli 1989 in Burglengenfeld bei Wackersdorf.

Es wirken mit:

Udo Lindenberg • Zuccherro • AL Stewart • Georg Danzer •

The Band • Antis-UdSSR • Panikow-DDR • Das Dritte Ohr

Wer Interesse hat nach Burglengenfeld zu fahren, bitte im Friedensbüro melden, damit eventuell Fahrgemeinschaften gebildet werden können. Telefon: 06762-6075

Waldeck Festival: 1000 Mark für Friedensarbeit

Die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck organisierte über Pfingsten ein großes Jubiläumsfestival auf der Burg Waldeck. Die Hunsrücker Friedensinitiativen durften ohne Standgebühren Kaffee und Kuchen verkaufen. Dank der hervorragenden Organisation des Kirchberger Friedensstammtisches, insbesondere von Jockel, wurde das Festival für uns ein voller Erfolg. Durch den Verkauf von acht Riesenblechen Streuselkuchen und Nicaragua Kaffee kamen etwa tausend Mark Reingewinn in die Kasse. Auch das für den Hunsrück einmalige musikalische und kulturelle Programmangebot war super. Ein herzliches Dankeschön an die Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck.

R.S.

Unbekannte Freunde — US-SoldatInnen in der Bundesrepublik

Die Dienstadtredaktion in Südfunk 2 widmete sich diesem Thema fast zwei Stunden lang am 17.1.89. Gesprächsteilnehmer unter anderem André Gingerich. Durch eingespielte Interviews mit US-SoldatInnen, ehemaligen GIs, Sozialwissenschaftlern etc. wird die Situation der GIs sehr anschaulich geschildert.

Beim Friedensbüro ist ein Cassettenmitschnitt des Gesprächs erhältlich.

**Sammeln Sie Einwendungsunterschriften gegen die neue
1. Teilgenehmigung für das AKW in Mülheim Kärlich!**

Mit der Einleitung des neuen Genehmigungsverfahrens ist der Wille der Genehmigungsbehörde (Rheinland-Pfälzisches Umweltministerium) und des Betreibers (RWE) zur Wiedereinschaltung des AKW in Mühlheim/Kärlich deutlich geworden. Die Bl's gegen Atomanlagen meinen:

Dieses AKW darf nicht wieder ans Netz !

Nutzen Sie Ihr demokratisches Recht und unterschreiben Sie Einwendungen gegen die neue 1. Teilgenehmigung. Ein breiter Widerstand setzt ein deutliches Zeichen gegen das AKW, das weder von den Politikern, noch von dem Betreiber mibachtet werden darf. Sie gehen kein rechtliches oder finanzielles Risiko ein !

Ihre Zustimmung zu den Einwendungen gegen das AKW bringt für Sie nur Vorteile, denn dadurch sind Sie berechtigt am Anhörungsverfahren teilnehmen zu können. Sie sind aber nicht dazu verpflichtet. Nur diejenigen Personen, die jetzt Einwendungen unterschreiben, sind berechtigt später den Klageweg gegen die mögliche Genehmigung der 1. neuen Teilgenehmigung zu gehen. Auch wenn Sie die Einwendungen unterschreiben sind Sie nicht verpflichtet gegen die AKW Betreiber zu klagen. Unterschreiben können alle Personen, unabhängig von ihrem Alter, Wohnort und Nationalität. Haben Sie Interesse an detaillierten Informationen, dann schreiben Sie bitte an unten angegebene Adresse. Gegen Rückporto sind wir gerne bereit Ihnen ausführliche Informationen zu senden.

Die neuen Genehmigungsunterlagen können an folgenden Stellen noch bis zum 3.Juli eingesehen werden:

- Gemeindeverwaltung in Mülheim Kärlich, Kapellenplatz
- Verbandsgemeindeverwaltung in Weißenthurm, Bürgermeisterstr.
- Umweltministerium in Mainz, K.-Friedrich Str.7

Die Dienstzeit ist von Mo-Fr 8-12 Uhr und 13-17 Uhr.

Rechtshilfefond: So können Sie die Klagegemeinschaft gegen die mögliche Erteilung der 1. Teilgenehmigung finanziell unterstützen: Spenden Sie bitte an das Sonderkonto "Einwendungen gegen die neue 1.TG", Volksbank Lahnstein, Konto Nr. 2500. BLZ 570 928 00.

Bitte sammeln Sie in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis Unterschriften zu den Einwendungen und senden Sie sie an: Joachim Scheer, Kölnerstr.22, 5420 Lahnstein. Die Unterschriften müssen bis zum 28.Juni bei uns eingetroffen sein.

EINWENDUNGEN

Ich erhebe folgende Einwendungen gegen die geplante Wiedererteilung der 1. Teilgenehmigung für das AKW Mülheim-Kärlich:

1. Der Betrieb der Anlage birgt folgende Gefahren:
 - Gefahr des Kernschmelzunfall und dessen irreparable Auswirkungen
 - Gefährdung durch Niedrigstrahlung im Normalbetrieb
 - Gefahr, die von anfallendem radioaktivem Müll ausgeht
 - Gefährdung durch die Methoden der Grenzwertfestsetzung, die nicht den Lebensinteressen der Menschen entspricht.
 - Die nicht geprüfte Umweltverträglichkeit nach EG-Recht
 - Die unzumutbare psychische Belastung durch die Angst vor den Gefahren der Atomtechnik.
2. Ich sehe in der vom Betrieb der Anlage ausgehenden Gefahr kein Restrisiko, also keine Schädigung im Rahmen der üblichen Risiken einer Zivilisationsgesellschaft, sondern eine erhebliche Gefährdung.

3. Durch,
- die Beurteilung der Sicherheit von Atomanlagen durch nicht neutrale Gutachter,
 - die Beurteilung der Risiken durch Fachleute, die existentiell in die Atomtechnik eingebunden sind,
 - die Verflechtung von Atomindustrie und Politik.

ist die im Atomgesetz geforderte Zuverlässigkeit des Antragstellers, sowie auch die Zuverlässigkeit der Genehmigungsbehörde nicht gewährleistet. Auch wird dadurch der im Atomgesetz vorgesehene Schutz der Bevölkerung (Schutzzweck) zugunsten der dort ebenfalls vorgesehenen Förderung der Technik (Förderungszweck) unrechtmäßig vernachlässigt.

4. In der nicht gesicherten Entsorgung und unsicheren Aufbewahrung der radioaktiven Abfälle sehe ich für mich, meine Kinder (und kommende Generationen) ein unverantwortbares Risiko. Ich halte es für unverantwortlich, eine Anlage zu betreiben, deren Entsorgung weltweit nicht gesichert ist, zumal das Atomgesetz dieses als Voraussetzung für den Betrieb vorsieht.

5. Der Standort ist extrem ungünstig und unverantwortlich, da

- der Untergrund tektonisch gestört ist,
- die Anlage nicht ausreichend gegen Erdbeben gesichert ist,
- die meteorologischen Verhältnisse extrem ungünstig sind,
- sich Verkehrswege in unmittelbarer Nähe befinden,
- die Bevölkerungsdichte im Umkreis um die Anlage extrem hoch ist,
- ein praktikabler Katastrophenschutz nicht möglich ist.

6. Der Reaktor weist durch eklatante technische Mängel, insbesondere bezüglich des Primärkreislaufes und des Dampferzeugers, die dem "Harrisburg-Typ" vergleichbar sind, ein erhöhtes Unfallrisiko auf. Das sicherheitstechnische Konzept entspricht nicht dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik.

7. Die Anlage stellt eine erhebliche Gefährdung dar, da eine technische Vorsorge gegen auslegungsüberschreitende Störfälle und Kernschmelzunfälle und deren irreparable Folgen nicht möglich ist.

8. Ich halte es für ethisch nicht vertretbar, eine Technik zu nutzen, die ein so eklatant hohes Schadenspotential aufweist, weshalb selbst eine geringe Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Unfalles ein Eigengewicht hat.

9. Das BVerfG hat die Nutzung der Atomenergie nur dann als verfassungsgemäß erkannt, wenn die Gefahren beherrschbar sind und die erhebliche Gefährdung vermieden werden kann. Vorkommnisse wie Skandale (Nukem/Akem), Störfälle (Biblis...) und Reaktorunfälle zeigen, daß die Beherrschbarkeit dieser Technik nicht gewährleistet ist, da der Risikofaktor Mensch unkalkulierbar ist.

10. Ich sehe meine Rechte auf Schadensersatz nicht gesichert, da die Anlage sich im Besitz einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg befindet. Diese Aktiengesellschaft wurde bisher nicht am Genehmigungsverfahren beteiligt, daher konnte ihre Zuverlässigkeit und Bonität nicht geprüft werden.

Im Sinne der Punkte 1-10 sehe ich durch den Betrieb der Anlage und die davon ausgehenden Gefährdungen Leben und Gesundheit meiner Person und meiner Kinder unrechtmäßig gefährdet, sowie mein Grundrecht auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit und Schutz meines Eigentums verletzt.

[illegible]

Unterschriftenlisten sind auch im DIN A4-Format im Friedensbüro erhältlich!
Abgabetermin 20. Juni 1989 !!

Da war was im Busch...

...am Mittwoch, dem 31. Mai 89, als der US-Präsident eine Rheinfahrt mit der Bonner Politprominenz unternahm. Da war's trotz des schönen Wetter "am Rhein nicht schön"! Die Friedensgruppen von Boppard und Buchholz hatten große Schriftplakate vorbereitet und sich damit am Bopparder Rheinufer posiert. Der große Bruder aus Washington sollte nämlich außer der Wein- und Rebendlandschaft auch gewahrt werden, daß er sich hier bei uns in einer der militarisiertesten Zonen des Erdballs befindet! Ob ihn das so beeindruckt hat? Weil er doch abends in einem Interview erklärte, die Rheinfahrt gehöre zu den großen Erlebnissen seines Lebens.

Unser kleines Häuflein Friedensbewegter war während der ganzen Aktion am Rheinufer mancher Neugier ausgesetzt. Der von Passanten ebenso, wie der von emsigen Bereitschaftspolizisten aus Wengerohr/Wittlich. Letztere waren bis zum Höhepunkt, der Vorbeifahrt der Schiffe, unsere ständigen Begleiter. Aber was heißt da überhaupt "Höhepunkt" – gemessen an dem enormen Sicherheitsrummel: alle 100 Meter ein Polizist (selbst auf der gegenüberliegenden Rheinseite in den Hecken der Filzener Lay waren sie in Stellung gegangen). Hub-schrauber, Polizeifahrzeuge und Polizeiboote verbreiteten viel Unruhe an diesem Nachmittag. Die eigentliche Passage der Schiffe mit dem hohen Gas geschah dagegen eher der Fahrt zweier Geisterschiffe, oder einem Leichenzug auf dem Rhein. Kein Präsident – kein Kohl. Niemand war auszumachen. Lediglich einige Kameralente auf dem Oberdeck waren eifrig beim Filmen und Fotografieren. Hinter und vor den bei den Rheindampfern die Begleitboote von Polizei und Feuerwehr; für alle Eventualitäten war vorgesorgt.

Fazit: Eindrucksvoll waren nur die negativen Begleiterscheinungen – die Rheinvisite des US-Präsidenten blieb da nur Nebensache! f.-j. ho

Erstes Urteil am OLG Koblenz wegen Aufruf zu „Straftaten“

Am 1. Juni fand der erste Revisionsprozeß wegen Aufrufes zu Straftaten im Zusammenhang mit den „gewaltfreien Hunsrück Aktionstagen“ am OLG Koblenz statt.

Die Angeklagten Theisen, Marwitz und Bayer waren zuvor in Simmern zu 40 Tagessätzen und im Berufungsverfahren am LG Bad Kreuznach – noch unter Richter von Tschoppe – zu 12 Tagessätzen verurteilt worden. Richter von Tschoppe war der Meinung, daß es sich in diesem Fall um Beihilfe und nicht um Mittäterschaft beim Aufruf zu Straftaten handele und daß der Aufruf dazu „erfolglos“ gewesen sei. Deswegen „nur“ 12 Tagessätze.

Sowohl Staatsanwalt Halfmann ging, wie erwartet, in Revision – ihm was das Strafmaß zu gering –, als auch Klaus Marwitz.

Dem Revisionsantrag von Halfmann wurde stattgegeben, der von Klaus Marwitz wurde als unbegründet abgewiesen.

Nun soll – wie wir das ja schon von den Blockadeprozessen her kennen – das LG Mainz erneut das Strafmaß festlegen, wobei es noch klären muß, ob der Aufruf nun erfolglos oder erfolgreich war.

So können wir uns ja schon ungefähr ausrechnen, was dabei herauskommen wird...

Knackpunkt bleibt das NATO-Truppenstatut

Die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz hatte am 6.5.89 in das Mainzer Schloß zu einem Podiumsgespräch "TIEFFLUGBEDROHUNG IM FRIEDEN" eingeladen.

Vor etwa hundert Gästen aus vielen Bürgerinitiativen in Rheinland-Pfalz referierten die SPD-MdBs Florian Gerster und Albrecht Müller-Pleisweiler, Bürgermeister Holthöfer von der Interessengemeinschaft gegen Tiefflug in Rheinhessen-Pfalz, Hajo Schmidt von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Werner May von der Buko der Tieffluggegner und Peter Vogler, General im FüStab der Bundesluftwaffe unter der Moderation vom SPD-Landesvorsitzenden Rudolf Scharping.

Das sogenannte Thesenpapier der Bundes-SPD zum militärischen Tiefflug und dessen dringender Reduzierung mündet in dem hoffnungsvollen Versprechen: "Ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister wird nach Amtsantritt folgende Sofortmaßnahmen ergreifen:

2. Drastische Erhöhung der Mindestflughöhe für die Bundesluftwaffe und Verhandlungen mit den Alliierten mit dem gleichen Ziel.

2. Damit ersatzlose Auflösung der sieben bundesdeutschen Tieftstfluggebiete.

3. Beauftragung des Führungsstabes der Luftwaffe zur Entwicklung eines Verteidigungskonzeptes ohne Tiefflug."

Darauf in der Diskussion angesprochen, reagierte vor allem der Bonner Stabsoffizier mit viel Skepsis hinsichtlich einer Realisierung dieses geforderten Konzeptes. Auch der Landesobere Scharping konnte nicht umhin zuzugeben, solange das NATO-Truppenstatut und das sogenannte Zusatzabkommen der Alliierten quasi Besatzungsrecht einräume, würde sich an der Militärfliegerei in Rheinland-Pfalz nichts ändern!

Obschon das Thesenpapier, als inhaltlicher Schwerpunkt der Veranstaltung, bei weitem nicht den Forderungen aus den Initiativen entsprach, bleibt es gewiß lohnend, kritisch zu verfolgen, wie die SPD wenigstens diese Vorhaben in absehbarer Zeit durchsetzen wird – oder?

Achtung! Achtung!

Vollversammlung der Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel

- Am 23. Juni 1989
- 20:00 Uhr in Bell
- ev. Gemeindehaus

Schwerpunktt Themen

- Zusammenlegung Hunsrück-Forum/Friedensinformationen
- Ballonaktion gegen Tiefflieger